

Mehr als nur ein grüner Hype

EU-Wahlen Europa ist nicht die Schweiz, und Deutschland ist es auch nicht. Und doch liefert der grüne Siegeszug in Europa auch Erkenntnisse, die in Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen interessant sind. Insbesondere: Bei den Jungen zieht die Umwelt.

Dominic Wirth

Es war ein grünes Wochenende, wieder einmal. Bei der Europawahl gehören die Grünen zu den grossen Siegern. Quer über den Kontinent, in dem in den letzten Tagen das Europäische Parlament neu bestellt wurde, war das so. Und in einem Land besonders: Deutschland. Dort haben die Grünen dermassen zugelegt, dass die schon oft zitierte «grüne Welle» eine ganz neue Dimension erhalten hat. Die Partei erreichte einen Wähleranteil von 20,5 Prozent. Das ist fast doppelt so viel wie bei der letzten Europawahl im Jahr 2014. Sie war hinter der CDU die zweitstärkste Kraft im Land, weit vor der kriselnden SPD, die komplett eingebrochen ist und statt bei 27 nur noch bei knapp 16 Prozent liegt.

Doch was heisst das alles, was bedeuten die Ergebnisse aus Europa und aus Deutschland im Besonderen für die Schweiz und die eidgenössischen Parlamentswahlen im Herbst? Die Kurzfassung lautet ungefähr so: Nicht

wahnsinnig viel. Aber eben auch nicht nichts.

In Deutschland wurde abgerechnet

Zu einer ähnlichen Explosion des Grünen-Wähleranteils wird es in der Schweiz im Herbst nicht kommen. Das sieht selbst Regula Rytz, die Präsidentin der Grünen, so. «Wir bleiben auf dem Teppich», sagt die Bernerin. Das Wahlziel von vier bis fünf zusätzlichen Sitzen im nationalen Parlament werde trotz der europäischen und kantonalen Wahlerfolge nicht heraufgesetzt. «Aber klar geht es auch in der Schweiz um eine Klimawahl», sagt die Nationalrätin.

Auch Politikwissenschaftler Lukas Golder, der Co-Leiter von gfs.bern, sagt, man könne Deutschland und die Schweiz nicht vergleichen. «Was in Deutschland passiert ist, war ein spezieller Fall», sagt Golder. Er verweist etwa darauf, dass die Europawahl oft den Charakter

von Oppositionswahlen hat. Dass die Bürger sie also nutzen, um den regierenden Parteien ihren Unmut kundzutun. In Deutschland stehen die CDU und vor allem die SPD unter Druck, weil ihre grosse Koalition keine gute Figur macht, seit Monaten, gar Jahren schon. Dazu kommt, dass die deutschen Grünen ein anderes Profil aufweisen als ihr Schweizer Gegenstück. Sie politisieren weniger weit links, erreichen deshalb auch Bürger aus der politischen Mitte. Und es gibt in Deutschland nur eine Partei, die mit dem Etikett «grün» um Wähler wirbt. In der Schweiz ist das seit der Abspaltung der Grünliberalen von den Grünen im Jahr 2007 anders. Das alles, sagt Golder, verringert ihr Wachstumspotenzial im anstehenden Schweizer Wahlherbst.

Gleichzeitig steht für Golder nach den Europawahlen endgültig fest, dass das Klimathema gekommen ist, um zu bleiben. Regula Rytz, die Grünen-Präsidentin, spricht mit ihrer Partei

«Wir bleiben auf dem Teppich.»



Regula Rytz
Präsidentin Grüne

schon seit Monaten von der Klimawahl, die bald anstehe. Auch für Lukas Golder ist die Klimadebatte kein Hype mehr, sondern «ein relevanter Trend», denn: «Es ist nicht bei jedem Thema so, dass sich Bewegungen wie jene für das Klima in das politische Verhalten übertragen. Hier aber schon», sagt Golder.

Wer macht das Rennen um die Jungen?

Wie sehr das Klima die jüngeren Wähler umtreibt, zeigen Zahlen aus Deutschland eindrücklich. Bei den 18- bis 24-Jährigen erreichten die Grünen 34 Prozent. Sie waren dort die dominierende Partei, und zwar mit Abstand. 88 Prozent ihrer Wähler gaben an, der Umweltschutz habe bei ihrer Wahlentscheidung eine grosse Rolle gespielt.

Von jenen Wählern, die am Wochenende zum ersten Mal an die Urne gingen, erreichten die Grünen mehr als ein Drittel. Das ist auch mit Blick auf die Schweiz ein interessanter Wert. Denn ge-

rade bei den Jungen gibt es hierzulande noch viel Mobilisierungspotenzial. 2015, bei den letzten Wahlen, machten laut der Selects-Studie nur 30 Prozent der 18- bis 24-Jährigen mit, so wenige wie in keiner anderen Altersgruppe. Und sie wählten keine Partei öfter als die SVP, die auf 25 Prozent der Stimmen kam. Das könnte in diesem Jahr anders aussehen, wobei Lukas Golder auch bei den jungen Wählern keine Verschiebungen erwartet, die nur annähernd an jene in Deutschland herankommen. Im Mobilisierungswettbewerb sieht er jene Parteien im Vorteil, die über gut organisierte Jungparteien verfügen. Das sind für ihn die FDP, die SP und die Grünen.

Die Parteien, das zeigt eine Umfrage, glauben sich alle gut gerüstet für das Werben um die Jungen und planen keine grossen Werbeoffensiven. Sie verweisen etwa auf ihre Social-Media-Aktivitäten. Oder darauf, dass sie sowieso schon offen seien für junge Menschen.

Lauber wird als Zeuge aufgeboten

Verhandlung Die Bundesanwaltschaft wollte den heiklen Fall unauffällig erledigt haben. Zur Gerichtsverhandlung wollte sie gar nicht erst erscheinen, sie hatte sich abgemeldet. Der Fall: Per Strafbefehl hatte die Bundesanwaltschaft von Michael Lauber einen langjährigen Mitarbeiter und Top-Ermittler wegen «mehrfacher Vorteilsannahme» zu einer Busse und einer bedingten Geldstrafe verknurrt. Er habe sich von Russen Hotels und Jagdausflüge bezahlen lassen.

Aber der Ermittler Viktor K., der als Berater von Bundesanwalt Lauber tätig war, wollte das nicht auf sich sitzen lassen und zog seinen Fall vors Bundesstrafgericht in Bellinzona. Am kommenden Dienstag nun kommt es zur Verhandlung.

Fall könnte zu einem größeren Problem werden

Die Rechnung von Bundesanwalt Lauber, im Zuge der Fifa-Affäre und seiner Geheimtreffen mit Gianni Infantino ohnehin schon unter Druck, ging nicht auf. Das Bundesstrafgericht hat laut Informationen dieser Zeitung für Dienstag zwei Zeugen aufgeboten: Bundesanwalt Michael Lauber sowie Patrick Lamon, den leitenden Staatsanwalt des Bundes, zuständig für die Russland-Aktivitäten des Top-Ermittlers Viktor K. Dieser hatte mehrmals verlangt, dass Lauber und Lamon befragt werden, denn er sah in ihnen Entlastungszeugen. Der Ermittler gab an, seine kritisierten Aktionen im Wissen und Auftrag des Bundesanwalts durchgeführt zu haben.

Aber der Staatsanwalt des Bundes Carlo Bulletti, der den Fall Viktor K. übernommen hatte, hatte den Strafbefehl ausgestellt, ohne diese angeblichen Entlastungszeugen zu befragen. Warum, versucht das Bundesstrafgericht vermutlich jetzt zu klären. Der Fall könnte für den Bundesanwalt zu einem größeren Problem werden. (hay)

Wie Globi zum Demokratie-Erklärer wurde

Schnabeltier Die Parlamentsdienste nutzen Globi zusehends als Maskottchen. Die wundersame Wandlung einer Schweizer Kultfigur: vom politisch unkorrekten Bengel zum Demokratie-Erklärer.

Konkordanz? Parlamentarisches Zweikammersystem? Bundesverfassung? Hilfe! Solche Ausdrücke können Kinder ganz schön abschrecken. Kein Wunder: Politik ist gemeinhin kompliziert, so ein richtiges Erwachsenen-Dingsbums eben. Doch zum Glück gibt es in der Schweiz eine neue Allzweckwaffe, um Kindern die Politik näherzubringen: Globi. In der kürzesten Zeit ist er zum Demokratie-Erklärer schlechthin aufgestiegen. Halb Mensch und halb Papagei zählt Globi noch immer zu den beliebtesten Kinderfiguren der Deutschschweiz. Er ist ein fester Teil des helvetischen Kulturguts. Globi ist unterdessen 87 Jahre alt (und wurde ursprünglich als Werbefigur für die Ladenkette Globus konzipiert, aber das ist eine andere Geschichte).

Auf seine alten Tage hin wird Globi tatsächlich zum Maskottchen der Schweizer Demokratie. Im vergangenen Herbst kam der Band «Globi und die Demokratie» in die Buchläden. Das blaue Schnabelwesen mit der Baskenmütze und der karierten Hose habe schon vieles erlebt, schwärmte der damalige Nationalratspräsident Dominique de Buman bei der Buchpräsentation. «Aber Globi hat sich noch nicht dem grössten Abenteuer gestellt: dem der Demokratie.»

Demokratie als Abenteuer

Aber natürlich, die Demokratie ist ein grosses Abenteuer, ja das grösste aller Abenteuer. Auf eine detaillierte Aufzählung – von A wie All über P wie Polizei bis Z wie... –, was Globi sonst schon alles erlebt hat, sei hier verzichtet. Bei seinem Besuch im Bundeshaus jedenfalls setzt sich Globi auf die Tribüne des Nationalrats, hört aufmerksam zu und spricht pflichtschuldig von einer «interessanten Debatte». Globi



Globi war die Hauptattraktion am diesjährigen Familientag im Bundeshaus.

Bild: Lukas Lehmann/KEY (Bern, 18. Mai 2019)

sei halt ein «braver Langweiler geworden», meinte der Auserthoder FDP-Ständerat Andrea Caroni im Herbst.

Und dieser brave Langweiler also darf nun regelmässig den Kindern die Demokratie näher-

bringen. Bisheriger Höhepunkt: Anlässlich des Internationalen Tages der Familie wurde das Bundeshaus kürzlich mit speziellen Angeboten für Kinder geöffnet. Auf sie wartete, so frohlockten die Parlamentsdienste mit Aus-

rufezeichen, «ein ganz besonderer Gast: Globi!». Die kleinen Besucher konnten sich mit ihm fotografieren lassen und sich nebenbei die Politik in altersgerechter Sprache erklären lassen. Im Bundeshaus-Café be-

kamen sie gratis einen Sirup. Und in der Kuppelhalle gab es natürlich gleich noch das kürzlich erschienene Buch zu kaufen.

Soldat, Patriarch und Lobbyist

Globi hat eine wundersame Wandlung hinter sich. Die frühen Globi-Bücher sind teilweise politisch unkorrekt – oder milder ausgedrückt: ein Spiegelbild ihrer Zeit. Im Band «Freund Globi im Urwald», erschienen 1950, findet sich das Kapitel «Neger in Sicht». Mal schoss Globi auf Geflügel, mal band er Kühen den Schwanz zusammen, mal schlug er auf Mitmenschen ein. In den 1970er-Jahren geriet er als frauenfeindlicher Patriarch in Verruf. Bereits während des Zweiten Weltkrieges erschien «Globi wird Soldat», das Schnabelwesen gab in dem Band den geistigen Landesverteidiger («Schart euch, Schweizer, um die Fahnen»). Während des Kalten Kriegs sollte er «noch weitere staatstragende und identitätsstiftende Rollen übernehmen», wie es der Historiker und Autor Urs Hafner formulierte.

Von seinen Ausflügen ins Bundeshaus einmal abgesehen, mischt sich Globi heute vor allem dann in die Politik ein, wenn er dafür bezahlt wird. Immer wieder wird er zum Lobbyist, der Kinder von der Sache seiner Auftraggeber zu überzeugen versucht. Im 2017 erschienenen Buch «Globi und die Energie» etwa wirbt er für die Energiewende. Angeregt wurde das Werk von einem Toggenburger Verein, das Bundesamt für Energie steuerte für die Produktion über 50 000 Franken bei. Der St. Galler Rechtsprofessor Peter Hettich kritisierte das Buch in dieser Zeitung: Globi mutiere darin zu einem «Sprachrohr des Staates».

Sven Altermatt